

Wie es zum Sieg der IG Aufwind kam

HITZKIRCH Eine Interessengemeinschaft, bestehend aus Unterstützern diverser politischer Couleur, hat die Initiative zum Windradverbod gebodigt. Die Geschichte, wie ein Lokalpolitiker Schwergewichte auf Kantons- und Bundesebene für sein Anliegen gewann.

von Jonas Hess

Am 29. November lehnte die Hitzkircher Bevölkerung die Initiative zum Verbot von Windkraftanlagen in Müswangen, Sulz und Hämikon ab. Mit 60 Prozent Nein-Stimmen war das Resultat überraschend deutlich. Lange sah es eher danach aus, als würden die Initianten zuletzt oben aufschwingen. Diesen Eindruck hatte auch Josef Schuler. Der Hitzkircher SP-Kantonsrat gründete im Mai dieses Jahres zusammen mit weiteren Mitstreitern die IG Aufwind. Mit dieser IG führte er die Nein-Kampagne an. Gegenüber dem «SeetalBote» gibt Schuler Einblick in den Verlauf der Kampagne und verrät, wer im Hintergrund die Fäden gezogen hat.

Dezember 2019: Erste Kontakte

Die Initiative zum Verbot von Windkraftanlagen in Müswangen, Sulz und Hämikon ist seit zwei Monaten einge-



Der SP-Kantonsrat Josef Schuler war mit der IG Aufwind erfolgreich. Foto pd

reicht. Der Verein «Pro Lindenberg» macht Stimmung gegen das geplante Windrad, welches der Landwirt Herbert Birrer mit der eigens gegründeten Windenergie Lindenberg AG bereinst betreiben will. Josef Schuler stellt fest, «dass die Gegner aggressiv auftreten.» Er nimmt Kontakt mit Heinz Schmid, Biobauer in Gelfingen, und Beat Müller, einem engagierten Hitzkircher, auf. Schnell stellt man fest, dass die Initiative mit zwei Grundargumenten bekämpft werden kann: «Einerseits ging es um die Energiepolitik, andererseits aber auch um Demokratie.» Nach weiteren Ge-

sprächen spürt Schuler: Die Gegner der Initiative müssen sich organisieren.

Februar: Eine Gruppierung entsteht

Ein erstes Treffen bei Herbert Birrer findet statt. Die Teilnehmerzahl ist noch bescheiden. Nur fünf Personen nehmen daran teil. Schuler ahnt: Es wird zäh. Der ehemalige CVP-Präsident Wolfgang Wildisen schaltet sich ein. Er motiviert den SPler, weitere Unterstützer zu finden. «Jetzt müssen wir es packen, sonst können wir es vergessen und die Initianten marschieren einfach durch mit ihrem Anliegen», waren die Gedanken von Schuler. Weitere Sitzungen folgen, mehr Personen nehmen daran teil und engagieren sich ideell und finanziell.

März: Die Rolle der Ortsparteien

Die Gruppe gelangt erstmals an die Hitzkircher Politik. Bei einem Treffen mit allen Ortsparteipräsidenten ist man sich einig, dass die Initiative bekämpft werden muss. Doch die Parteien fassen den Entschluss, sich nicht öffentlich dagegen zu bekennen. «Einige ihrer Mitglieder waren dezidiert für die Initiative», erklärt Schuler das Dilemma. Obwohl er damals Mühe mit dem Entscheid hat, sei er im Rückblick richtig gewesen. «Wenn die Parteien öffentlich gegen die Initiative gekämpft hätten, wären sie einem Teil der Mitglieder vor den Kopf gestossen. Das hätte vielleicht negative Auswirkungen für uns gehabt.»

April: Vernetzung im Kantonsrat

Die IG Aufwind wird offiziell gegründet. Erstmals wird die Bekämpfung der Initiative der breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht. «Zu diesem Zeitpunkt hatten wir noch keine Ahnung, wie man einen Abstimmungskampf richtig führt», so Schuler. Seine Gegner sind besser aufgestellt. Unter anderem werden sie von der schweizweit aktiven Organisation «Freie Landschaft Schweiz» unterstützt, welche in der ganzen Schweiz Windradprojekte bekämpft.

Schuler findet im Kantonsrat Unterstützung. Unter anderem vernetzt er sich mit Priska Wismser, welche auf dem Rickenbacher Stierenberg ebenfalls ein Windrad plant, und dem FDP-Politiker Thomas Meier aus Schenkon, der in der Windenergie wirtschaftliche Möglichkeiten sieht. Weitere Politiker äußern Sympathien. Auch der Inwiler Regierungsrat Fabian Peter unterstützt die IG Aufwind. «Er bestärkte mich in einem Gespräch und sprach sich dafür aus, dass es in Hitzkirch ein Nein zur Initiative braucht», so Schuler.

Oktober: Kluger Schachzug

Die IG Aufwind sowie Vertreter der Windenergie Lindenberg AG treffen sich ein zweites Mal mit den Ortsparteipräsidenten. Diese geben den Windparkbefürwortern weiteres Futter für den Abstimmungskampf. Unter anderem geht es um die «drohende

Sonderzone», welche durch die Initiative entstehen würde. Das wollen die anwesenden Hitzkircher Politiker unbedingt verhindern. Erstmals spricht man im Zusammenhang mit der Initiative von einem «Denkverbot», welches später auf den Plakaten zu lesen ist. «Die Kampagne wurde massgeblich von diesen Politikern mitgeprägt», so Schuler. Die Unterstützung geht noch weiter. IG Aufwind darf ihre Slogans über den Plakaten der Gemeinderatskandidaten positionieren. «Das war ein enorm kluger Schachzug, schliesslich kam die Zusage von den Grundeigentümern und nicht den Parteien selbst», bilanziert Schuler.

November: Profis für den Feinschliff

Auch wenn die Kampagne nun aufgeleist ist, wäre es für die Gegner der Initiative wohl immer noch eng geworden. Der bereits erwähnte FDP-Kantonsrat Thomas Meier holt Hilfe bei einer PR- und Medienagentur, um «Slogans zu schärfen und klare Statements zu formulieren». Kurz darauf ist auch FDP-Ständerat Damian Müller auf Flugblättern der IG Aufwind zu sehen. Mit der Organisation «Neue Energie Luzern» ist man nun auch finanziell abgesichert.

Ohne diesen Schlusspunkt wäre man «mit Bauchweh» in den Abstimmungskampf, so Schuler. «Wir konnten das Ruder gerade noch herumreissen.»